11/2022

Energie- und Sozialgipfel „Verarmung stoppen: Linke Mittel und Wege“

Ergebnisbericht des Energie- und Sozialgipfels der Fraktion DIE LINKE. in der BVV Lichtenberg

Foto: Diego PH - unsplash

Energie- und Sozialgipfel

Begrüßung der anwesenden Gäste durch den Fraktionsvorsitzenden Norman Wolf

Foto: Elisa Otto

Energie- und Sozialgipfel

Inhaltsverzeichnis

Grußwort der Fraktionsvorsitzenden 1

Begrüßung durch die Bundestagsabgeordnete Gesine Lötzsch 2

Begrüßung durch den Bezirksbürgermeister Michael Grunst 3

Grußwort des Bundesgeschäftsführers Tobias Bank 4

Überblick der Veranstaltung 5

Gruppe 1: 6
Steigende Energiepreise und Lebenshaltungskosten
– heißer Herbst und kalter Winter

Gruppe 2: 8
Aus Hartz IV wird Bürgergeld – Probleme und Chancen

Gruppe 3: 10
Armut in Lichtenberg – Maßnahmen und Gegenstrategien

Grußwort der Fraktionsvorsitzenden

Tatjana Behrend und Norman Wolf

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gipfelteilnehmer:innen, liebe Genossinnen und Genossen,

als wir im Spätsommer die Idee dazu hatten, diesen Energie- und Sozialgipfel zu veranstalten, kündigten sich gerade schwere Zeiten an, aber wir ahnten nicht, wie schwer sie sein würden. Heute wissen wir: Eine Inflationsrate von 10,4 Prozent – das ist der höchste Wert seit Dezember 1951 – und schwindelerregende Teuerungsraten für Energie- und Lebensmittel machen vielen Menschen zu schaffen und verschärfen jene Armut, die auch schon vor Ausbruch des Krieges in der Ukraine das Leben erschwerte. Der Ansturm auf die Tafeln hält ungebremst an, und längst trifft es nicht mehr nur die Mittellosen, sondern auch die Mittelschicht.

Die Nebenkostenabrechnungen werden Bürgerinnen und Bürgern erst nach dem Winter ins Haus flattern, höhere Abschlagszahlungen stehen aber jetzt schon an. Berechnungen der Sparkassen zufolge bleibt Haushalten mit einem Nettoeinkommen von weniger als 3.600 Euro derzeit am Monatsende kein Geld mehr übrig.

Wie damit umgehen? Eine Frage, die heute beantwortet werden soll.
Wir bedanken uns, dass Sie heute zu uns gekommen sind: Vertreter:innen von sozialen Einrichtungen und Treffpunkten, Gewerbetreibende, ErzieherInnen, Vertreter:innen aus dem medizinischen Bereich und der Politik. Aber auch Menschen, die nicht als Vertreter:innen eines Vereins etc. teilnehmen, sondern persönlich betroffen sind. Wir wollen heute mit Ihnen in drei Arbeitsgruppen der Frage nachgehen, welche Erfahrungen Sie in Ihrem Bereich mit einer sich verschärfenden sozialen und wirtschaftlichen Situation gemacht haben, welche Maßnahmenpakete aus der Politik wie wirken und wie zielgerichtete Hilfe aus linker Sicht aussehen kann.

Begrüßung durch die Bundestagsabgeordnete

Dr. Gesine Lötzsch

Ich danke der Fraktion für die Initiative, zu diesem Gipfel einzuladen, weil ich es wichtig finde, über die konkreten Auswirkungen der Inflation und der Energiekrise vor Ort zu sprechen. Viele Äußerungen, die wir jetzt von verantwortlichen Politikern hören, regen sicher nicht nur mich auf. Besonders wütend werde ich, wenn gesagt wird, wir werden alle ärmer werden. Das stimmt einfach nicht. In jeder Krise der vergangenen Jahre – sei es die Finanzkrise, sei es Corona, sei es die jetzige Situation – gab es auch Krisengewinner. Superreiche wurden noch reicher.

Unsere Fraktion im Bundestag wird nicht aufhören, immer wieder die Einführung einer Übergewinnsteuer zu fordern. So eine Steuer gibt es übrigens in Italien, Griechenland und sogar in Großbritannien, dem Mutterland des Kapitalismus. Aber diese Bundesregierung wehrt sich mit Händen und Füßen dagegen, die wirklich Vermögenden, die Superreichen zur Kasse zu bitten.

In der Corona-Zeit wurde häufig gesagt: Vor dem Virus sind alle gleich. Dieser Satz war von Anfang an falsch. Menschen in größeren Wohnungen und mit mehr Geld hatten es leichter als Menschen mit wenig Geld in beengten Wohnverhältnissen. Auch vor der Inflation sind nicht alle gleich. Arme Menschen sind von den explodierenden Lebensmittelpreisen viel stärker betroffen als wohlhabende. Der Preisanstieg bei Lebensmitteln, insbesondere auch bei Grundnahrungsmitteln, liegt weit über der allgemeinen Inflationsrate. Darum unterstützen wir auch die Vorschläge des Sachverständigenrates – auch als Wirtschaftsweise bekannt –, die Steuern für Superreiche zu erhöhen. Der Sachverständigenrat hatte einen Energie-Soli vorgeschlagen. Wir haben diesen Vorschlag in den Bundestag eingebracht. Er wurde abgelehnt, aber wir bleiben dran. Wir fordern nicht nur eine Energiepreisbremse, sondern die Wiedereinführung der staatlichen Preiskontrolle. Es ist doch absurd, dass Menschen mit hohem Verbrauch von Energie in absoluten Zahlen stärker entlastet werden als die, die wenig verbrauchen. Auch an diesem Thema bleiben wir dran.

Begrüßung durch den Bezirksbürgermeister

Michael Grunst

Mir berichten jeden Tag Lichtenberger:innen, dass sie nicht mehr können. Die Corona-Jahre, die Inflation und die massiv steigenden Energiekosten gehen an die Substanz. Viele Menschen müssen nicht nur ihr Leben einschränken, sie können oft die Rechnungen nicht mehr bezahlen. Ein Hohn, wenn Bundespolitiker:innen der Grünen meinen, es gehe um Wohlstandsverluste. Nein, es geht um die materielle Existenz vieler Menschen. Dass hier die Bundesregierung nicht oder nur langsam reagiert, das macht uns das auf kommunaler Ebene fassungslos.

Dank an unsere Bundestagsabgeordnete Frau Dr. Lötzsch, dass sie unsere Interessen in den Bundestag trägt. Lichtenberg wird mit dem Netzwerk für Wärme Begegnungsorte schaffen, wo sich Menschen treffen, Beratung bekommen und beim Frühstück oder bei Kunst und Kultur kostenfreie Angebote erhalten. Dies ersetzt nicht das Nichthandeln der Bundesregierung. Wir brauchen vor allem Solidarität. Lichtenberg wird den Weg der zunehmenden Entsolidarisierung nicht mitmachen.

Grußwort des Bundesgeschäftsführers

Tobias Bank

Foto: Elisa Otto

Diese Veranstaltung hat Vorbildcharakter.
DIE LINKE sucht vor Ort Wege, wie die Menschen entlastet werden und Hilfe bekommen können. Sie macht deutlich, dass es Alternativen gibt. Und sie stellt sich gegen die Erzählung, wir müssten alle den Energiegürtel enger schnallen.
Wir haben nicht nur die sogenannten Entlastungspakete der Bundesregierung kritisiert, sondern – gemeinsam mit Sozialverbänden - auch konkrete Verbesserungsvorschläge unterbreitet. Unsere Kritik wurde teilweise sogar aufgenommen. Grundsätzliche Dinge bleiben dennoch unzureichend.
DIE LINKE stellt als einzige Partei die Systemfrage und spricht offen über eine Vergesellschaftung der öffentlichen Daseinsvorsorge – ein Alleinstellungsmerkmal, auf das wir stolz sein können.

Überblick der Veranstaltung

16. November 2022 • 17:00 bis 20:30 Uhr
Nachbarschaftshaus im Ostseeviertel des Vereins für aktive Vielfalt e.V. (VAV)
Ribnitzer Straße 1b, 13051 Berlin

17:00 Uhr
Eröffnung und Begrüßung

Eröffnung durch die Fraktionsvorsitzenden der Fraktion DIE LINKE. in der BVV Lichtenberg

Begrüßung durch die Bundestagsabgeordnete Dr. Gesine Lötzsch

Begrüßung durch den Bezirksbürgermeister Michael Grunst

Grußwort des Bundesgeschäftsführers Tobias Bank

17:30 Uhr
Arbeit in Arbeitsgruppen

Gruppe 1

Steigende Energiepreise und Lebenshaltungskosten – heißer Herbst und kalter Winter
Leitung: Antonio Leonhardt, stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Gruppe 2

Aus Hartz IV wird Bürgergeld – Probleme und Chancen
Leitung: Dr. Tinko Hempel, Sprecher für Haushaltspolitik

Gruppe 3

Armut in Lichtenberg – Maßnahmen und Gegenstrategien
Leitung: Katja Seidel, Vorsitzende des Ausschusses Arbeit, Soziales, Gesundheit, und Toni Kraus, Sprecher für Kinder- und Jugendpolitik

19:30 Uhr
Ergebnispräsentation und Abschlussdiskussion

Foto von Nikola Johnny Mirkovic auf unsplash

Gruppe 1

Steigende Energiepreise und Lebenshaltungskosten – heißer Herbst und kalter Winter

Leitung: Antonio Leonhardt,
stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Teilnehmer*innen:

Carsten und Sabine Facklam, Caterer, Bistro AllerMunde in Karlshorst

Dr. Claudia Wein, Krankenhaus Königin Elisabeth Herzberge, Stabsstelle der Geschäftsführung

Morgan Woinzeck, SOZIALWERK des dfb (Dachverband), Leiterin des Sozialen Treffpunkts Kieztreff UNDINE

Wie ist Ihre Situation in Bezug auf die steigenden Energiepreise?

Krankenhäuser haben einen hohen Energieverbrauch.
Jährlich sind etwa 40 000 Patientinnen und Patienten zu versorgen.
Es gab wirtschaftliche Probleme während der Corona-Pandemie.
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind am Rande der Erschöpfung.
Ein wichtiger Punkt ist der Inflationsausgleich für die Krankenhäuser.
Die Verteilung der Haushaltsmittel ist jedoch nicht gerecht.
Probleme gibt es im Sachkostenbereich und mit Preissteigerungen bei der Energie.
Es gibt für die Krankenhäuser keine Festlegungen für den Katastrophenfall, keinen Verteilungs-Rhythmus, welche Krankenhäuser prioritär zu nutzen sind.
Bei möglichem Blackout bestehen auch Gefahren im Krankenhaus, der Wachschutz muss selbst gestellt werden etc.

Foto von Samuel Ramos auf unsplash

Dr. Claudia Wein, Krankenhaus Königin Elisabeth Herzberge

Foto von Ghani auf unsplash

Probleme bereiten die Lebensmittel- und Transportpreise.
Wichtig ist auch die Versorgung von Menschen mit niedrigem Einkommen.
Sie mussten die Preise um zehn Prozent erhöhen, wollen sie aber aus gemeinwohlorientierten Gründen nicht weiter steigern.
Corona haben sie ganz gut bewältigt, alle beantragten Hilfen bekommen.
Von den Entlastungspaketen kommt privat etwas an, beim Unternehmen aber nicht.

Carsten und Sabine Facklam, Caterer, Bistro AllerMunde

UNDINE will den Treffpunkt auch im Rahmen des „Netzwerks der Wärme“ anbieten.
Wie soll die Finanzierung weiterlaufen? Wenn es keine Unterstützung durch den Bezirk gibt, können Projekte nicht durchgeführt werden.
Ihre Forderungen: Vereinfachtes Antragsverfahren für Hilfen, um Zeit für Projekte zu nutzen und nicht für Haushaltssachen - Bürokratie erschwert die Arbeit ständig. Mehr Stellen für Sozialberatung und Digitalisierung, Zuwendungen nicht nur für ein Jahr, sondern langfristiger.
UNDINE will außerdem eine Foodsharing-Stelle aufbauen.

Foto von Hannah Busing auf unsplash

Morgan Woinzeck, Leiterin des Sozialen Treffpunkts Kieztreff UNDINE

Im Ergebnis Aufgaben auf bezirklicher Ebene:

- Verteilung des Geldes auf Bezirksebene – Antrag in der BVV
- Food-Sharing – mit dem Bezirksbürgermeister sprechen
- Konkrete Vorstellungen des Katastrophenschutzes
- Krankenhausförderung

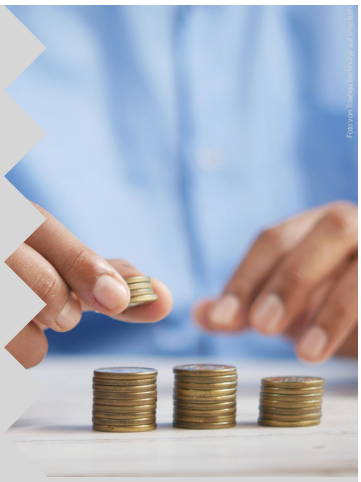
Foto von Roman Wimmers auf unsplash

Gruppe 2

Aus Hartz IV wird Bürgergeld – Probleme und Chancen

Leitung: Dr. Tinko Hempel, Sprecher für Haushaltspolitik

Teilnehmer*innen:
Dr. Gesine Lötzsch, MdB
Lutz Neumann, Geschäftsführer, Job-Center Lichtenberg
Dr. Andreas Aust, Referent für Sozialpolitik, Paritätischer Gesamtverband
Petra Schwalbe, Seniorenvertretung Lichtenberg
Asal Vaziri, Kiezspinne
Doris Hammer, Landesarbeitsgemeinschaft Hartz IV



Es gibt zwei Bewertungskriterien für die Beurteilung der Grundsicherungsreform: Die Regelsatzermittlung und die Bedarfsdeckung, also auf welche Weise die Regelsätze ermittelt werden und ob sie die Bedarfe der Beziehenden decken.
Eine Erhöhung der Regelsätze in der Stufe 1 von 449 Euro auf 502 Euro, also um knapp 12 Prozent, zum 1. Januar 2023 bedeutet, angesichts der derzeitigen Preissteigerungen, gerade einmal einen nachträglichen Ausgleich der Inflation. Grundsicherungsempfänger:innen geben einen höheren Anteil ihres Einkommens für Lebensmittel aus als Besserverdienende. Die Bundesregierung erfüllt mit ihrer Erhöhung eigentlich nur das, wozu sie das Bundesverfassungsgericht bereits 2014 aufgefordert hat, nämlich auf eine hohe Inflation zeitnah zu reagieren.
Dass sich an der Methode der Berechnung beim neuen Bürgergeld gegenüber Hartz IV nichts ändert, wird von der Bundesregierung ausdrücklich eingeräumt. Es findet hier also explizit kein System- oder Paradigmenwechsel in der Grundsicherung statt.
Diskussionen um Schonvermögen und Angemessenheit von Wohnraum und Heizkosten sind Scheindebatten, die den „Sozialneid nach unten“ verstärken sollen. Es gibt einige gute Ansätze, vor allem was die Abschaffung des Vermittlungsvorranges betrifft, also ein in Zukunft höherer Rang von Weiterbildung und Qualifizierung, der mit dem Weiterbildungsgeld unterstützt wird. Die Abmilderung der Sanktionen in der sechsmonatigen sogenannten Vertrauenszeit und die Übernahme der tatsächlichen Unterkunfts- und Heizkosten in der Karenzzeit oder auch das höhere Schonvermögen zeigen, dass man die Probleme des Hartz-IV-Systems erkannt hat, sie aber nicht lösen, sondern nur die Wirkungen mildern will.

Dr. Andreas Aust, Paritätischer Gesamtverband

Oft hört man das Argument: Wenn wir die ganz Reichen stärker besteuern, gehen die alle ins Ausland, und wir werden noch ärmer. Das ist großer Quatsch. Wir brauchen eine Steuerreform und Steuergerechtigkeit. Benötigt werden viel mehr öffentliche gesellschaftliche Angebote. So wie in Berlin zum Beispiel das kostenloses Schulessen.

Dr. Gesine Lötzsch, Mitglied des Deutschen Bundestages

Die Chancen beim Bürgergeld liegen ganz klar bei den Themen Qualifizierung, Weiterbildungsgeld, Umschulungen, Bürgergeldbonus, Vermittlungsvorhaben. Auch das Bürgergeld kennt Sanktionen, wenngleich deutlich abgemildert. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) sollte die Erfahrungen der Aussetzung von Sanktionen während der Covid-19-Pandemie und die Prüfungserkenntnisse des Bundesrechnungshofes auswerten und in das Gesetzgebungsverfahren einbringen. Es gibt verschiedene Entwicklungen am Arbeitsmarkt. Am Fachkräftemangel wird sich nichts ändern. Pandemie- und Energiekrise hätten früher die Arbeitslosenkurve sehr viel krasser nach oben getrieben.

Lutz Neumann, Geschäftsführer Job-Center Lichtenberg

Gruppe 3

Armut in Lichtenberg – Maßnahmen und Gegenstrategien

Leitung:
Katja Seidel, Vorsitzende des Ausschusses Arbeit, Soziales, Gesundheit, und
Toni Kraus, Sprecher für Kinder- und Jugendpolitik

Teilnehmer*innen:
Camilla Schuler, Bezirksstadträtin für Familie, Jugend und Gesundheit
Dr. Sandra Born, Kinderarmutsprävention Lichtenberg
Karsten Vettermann, Volkssolidarität Berlin
Gunar Klapp, Vorsitzender Seniorenvertretung Lichtenberg
Dieter Zahn, Sprecher LAG Senioren Linke Berlin
Christina Emmrich, Vorsitzende Verein für aktive Vielfalt e.V.:
Jenny Schneider, Leiterin der Kita Krokofant
Diane Maiwald, staatlich anerkannte Erzieherin/Integrationserzieherin

Zur Situation der Kinder im Bezirk

Arme Familien haben im Kita-Alltag zugenommen, weniger Gruppenausflüge, weil weniger Geld. Mangelnde finanzielle Mittel für Ausflüge schränken die Möglichkeiten der Kitaarbeit ein.
Ein Problem ist auch, dass Kinder seit der Pandemie keine Zähne mehr putzen und daraus Karies entsteht. Der zahnärztliche Dienst konnte während der Pandemie nicht kommen. Die Anzahl stark geschädigter Milchzähne rührt auch aus schlechter (zuckerhaltiger) Ernährung in Corona-Zeiten.
Ein Vorbild ist das Programm „Kita mit Biss“. Nur 10 von etwa 150 Kitas haben dieses Programm (Zähneputzen, Didaktik etc.) als Ansatz.
Weiterhin wird der Betrieb von Familienzentren immer wichtiger. Familienzentren an Schulen kosten Geld, aber sie sollten dringend an jeder Schule installiert werden.

Diane Maiwald, staatlich anerkannte Erzieherin/Integrationserzieherin
Jenny Schneider, Leiterin der Kita Krokofant
Dr. Sandra Born, Kinderarmutsprävention Lichtenberg

Zur Situation der Senior:innen im Bezirk

Die Corona-Krise zog für viele Rentnerinnen und Rentner Rückzug, Einsamkeit und psychische Probleme nach sich.
Mit der Energiekrise und steigenden Preisen geht eine große Angst einher, dass die Heizung abgedreht wird, alte Menschen im Kalten und allein in ihrer Wohnung sitzen. Sozialsenatorin Katja Kipping nimmt in Berlin 11 Millionen Euro in die Hand für das „Netzwerk der Wärme“. Stadtteilzentren, Familienzentren etc. sollen mehr Besucher:innen aufnehmen können, bisher fehlte Personal. Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Lichtenberg soll das „Netzwerk der Wärme“ begleiten und aktiv mitgestalten.
Die Teilhabe ist für ältere Menschen stark eingeschränkt. Entlastungspakete des Landes Berlin und des Bundes treffen auf verunsicherte Senior:innen. An wen kann ich mich wenden? Wo kann ich was beantragen? Die Leistungen gehen komplett an pflegenden Angehörigen vorbei.

Gunar Klapp, Vorsitzender der Seniorenvertretung Lichtenberg
Dieter Zahn, Sprecher LAG Senioren Linke Berlin

Lichtenberger Institutionen berichten:

Durch den Verein betrieben werden: Seniorenbegegnungsstätten, Jugendfreizeiteinrichtungen, Frauenkoordinierung, Netzwerk Alleinerziehende und weitere Einrichtungen. Es braucht eine starke Werbung für den Berlin-Pass, um Eltern darauf aufmerksam zu machen. Die Erzieher:innen müssen jetzt erheblich mehr Aufgaben wahrnehmen, weil Eltern viele Anfragen an sie herantragen. Deshalb die ganz klare Forderung: Familienzentrum oder wenigstens Sozialarbeiterin für jede Kita! Wichtig ist eine Angebots- und Bedarfsanalyse. Wo gibt es Einrichtungen, wo gibt es Familienzentren? Die Trägervernetzung ist teilweise schon vorhanden, muss aber ausgebaut werden.

Christina Emmrich, Vorsitzende Verein für aktive Vielfalt e.V.

Die Volkssolidarität betreibt Kindertagesstätten und Seniorenheime. Große Themen sind Kosten für Bewohnende und Angehörige sowie Altersarmut. Auch er kennt die Problematik Ernährung. Aber es gibt auch einen Mangel an Körperhygiene. Dazu kommen Entwicklungsverzögerungen, Sprachprobleme, Körperliche und geistige Probleme. Ältere Menschen haben es schwer, sich über Hilfsangebote zu informieren, ihnen fehlen oft die technischen Voraussetzungen. Eine Hilfe bei Anträgen für Hilfsleistungen wäre daher sehr wichtig.
Menschen gehen mit der Volkssolidarität wandern, aber haben kein Geld mehr für den Kaffee danach. Hilfe bei Anträgen für Hilfsleistungen wäre wichtig.

Karsten Vettermann, Volkssolidarität Berlin

Unsere Stadträtin für Jugend, Familie und Gesundheit, Camilla Schuler, berichtet und fasst die Aufgaben auf bezirklicher Ebene zusammen:

In diesem Sommer fand die erste richtige Schuleingangsuntersuchung nach der Pandemie statt. Defizite gibt es bei der Sprachentwicklung. Dazu kommen Störungen in der Motorik. Armut ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen.
Es werden dringend Angebote regelmäßiger, verstärkter Kontrollen und Besuche durch den zahnärztlichen Dienst benötigt, um Kindern den hohen Stellenwert der Zahnpflege und richtiger Ernährung zu vermitteln.
Einrichtungen müssen sich vernetzen und austauschen, zum Beispiel durch die gemeinsame Nutzung der Küche im Nachbarhaus. Miteinander kochen bedeutet auch Austausch, Hilfe, Unterstützung, Reden, Lachen, neue Menschen kennenlernen.

Fraktion DIE LINKE. in der BVV Lichtenberg
Energie- und Sozialgipfel

HERAUSGEBER

Fraktion DIE LINKE. in der BVV Lichtenberg
V.i.S.d.P. Tatjana Behrend und Norman Wolf
Möllendorffstraße 6
10367 Berlin

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:
elisa.otto@linksfraktion-lichtenberg.de

REDAKTION
Tatjana Behrend

LAYOUT
Elisa Otto